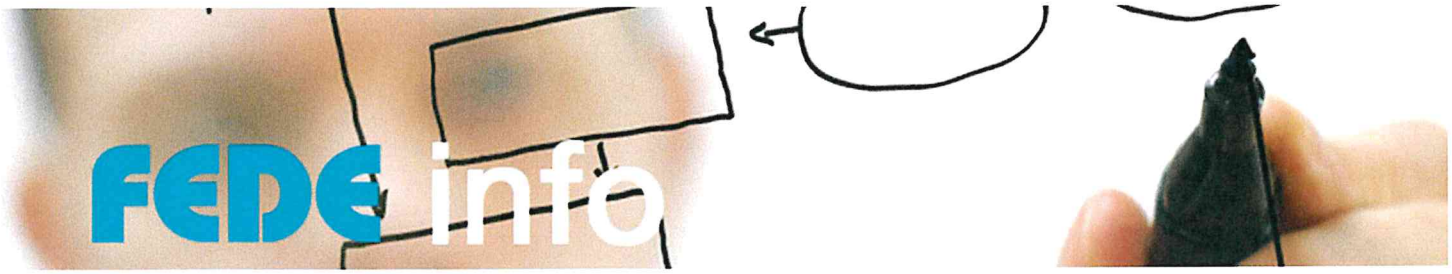

FÉDÉRATION DES ASSOCIATIONS DU PERSONNEL DU SERVICE PUBLIC DU CANTON DE FRIBOURG
April 2019

Eine wichtige Zusammenkunft für alle Staatsangestellten

Erste Volksversammlung zum öffentlichen und halböffentlichen Dienst Freiburg und 20 Jahre VOPSI

Nachhaltigkeit erfordert einen öffentlichen Dienst

In den gegenwärtigen Debatten wird der öffentliche Dienst nur allzu oft als reiner Kostenpunkt abgetan. Im Namen von rein finanzpolitischen Überlegungen geht dabei völlig vergessen, dass es sich dabei vor allem um Dienstleistungen für die Bevölkerung handelt, die niemand sonst auf gleiche Art und Weise leisten könnte, egal, was uns die Marktschreier der Privatisierung weismachen wollen.

Und wenn der öffentliche Dienst der einzige Garant für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaften ist? Die FEDE und der VOPSI haben beschlossen, ihre erste «Volksversammlung zum öffentlichen und halböffentlichen Dienst Freiburg», die am Freitagnachmittag, den 12. April in der Aula der Freiburger Universität stattfinden wird, unter diesem leicht provokanten Titel abzuhalten.

Die Zahl der Mitarbeitenden der Behörden und der halböffentlichen Institutionen nimmt stetig zu, während die Budgets rasant grösser werden. Und wenn das alles ganz einfach im Wohle der Gesellschaft wäre? In vielen Fällen in unserem Kanton und anderen Orten in der Schweiz müssen wir immer wieder feststellen, dass allein die Kosten der von den öffentlichen und halböffentlichen Akteuren geleisteten Dienstleistungen die Aufmerksamkeit der Medien und einer rechtsgerichteten Mehrheit erreichen.

Jene, die den Service public am meisten angreifen, vergessen aber geflissentlich darauf hinzuweisen, dass die legislative Entwicklung, das Bevölkerungswachstum und veränderte Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger *de facto* zusätzliche Dienstleistungen und daher eine Kostenerhöhung in den öffentlichen Verwaltungen erfordern.

Die Bevölkerung wird zwischen den Verteidigern des Service public und dessen Gegner aufgerieben. Wie die Abstimmung über die Volksinitiative vom 11.12.2015 «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)», die oft als Abstimmung über den öffentlichen Dienst charakterisiert wurde, gezeigt hat, liegt der Service public der Bevölkerung am Herzen (71,6 % der Schweizerinnen und Schweizer haben die Initiative abgelehnt). Gleichzeitig wird diese aber manchmal auch im Glauben gelassen, dass staatliche Stellen verschwenderisch seinen und deren Angestellte privilegiert.

Der Service public ist der Kern einer nachhaltigen Entwicklung

Diese «Volksversammlungen zum öffentlichen und halböffentlichen Dienst» werden diese Dichotomie nicht allein aufbrechen können. Doch sie zeugen von dem Willen, die Rolle des Service public grundlegend und nicht nur vom Kostenpunkt aus zu beleuchten. Die FEDE und der VOPSI haben beschlossen, als

Rahmen für die Diskussionen folgende Frage als Ausgangspunkt zu nehmen: Ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihren Service public rentabel im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft?

Die FEDE und der VOPSI stehen an vorderster Front um festzustellen, dass der öffentliche Dienst für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine wichtige Rolle spielt und ganz klar zu einer umweltfreundlichen Herangehensweise und wirtschaftlicher Prosperität beiträgt: Er ist also der eigentliche Kern einer nachhaltigen Entwicklung.

Die FEDE und der VOPSI freuen sich, das Wort an Jean-Marc Groppo, der zu den Personalkommissionen Stellung nehmen wird, sowie an Maxime Morand, der über Leadership referieren wird, zu übergeben.

Beide werden im Anschluss an einem runden Tisch mit Gerhard Andrey, Dominique de Buman, Andrea Burgener Woeffray, Anne-Claude Demierre und Georges Godel teilnehmen. Unter der Moderation von François Mauron, Verantwortliche des Regionalteils der La Liberté, werden sie diskutieren, ob das Staatspersonal und die Bevölkerung die gleichen Interessen und sozialen Kämpfe teilen oder ob der Service public im Gegenteil realitätsfern ist und sich die öffentlichen Verwaltungen nur um sich selber drehen, ohne die realen Bedürfnisse der Bevölkerung einzubeziehen.

Die Veranstaltung am 12. April soll diese Reflektionen zu den konkreten Herausforderungen des Service public für die Bevölkerung unseres Kantons und der ganzen Schweiz ermöglichen.

Veranstaltungsprogramm

https://www.fede.ch/de/2019/04/04/presseeinladung-volksversammlung-zum-oeffentlichen-und-halboeffentlichen-dienst-freiburg-und-20-jahre-vopsi/

Pensionskasse, die Position der FEDE bei der Konsultation

Die FEDE ist mit den Vorschlägen des Staatsrats nicht zufrieden und wird den Druck aufrechterhalten

Die Mitgliedverbände der FEDE haben ihre Antworten zur Vernehmlassung über das Gesetz zur Revision des Gesetzes über die Pensionskasse eingereicht. Sie haben konkrete Vorschläge zur Begrenzung von Rentenverlusten gemacht: Sie erwarten, dass der Staatsrat ihre Vorschläge sehr eingehend prüft und dabei auch seine sich im Aufwärtstrend befindenden Finanzen berücksichtigt.

Die FEDE hat die Expertise eines unabhängigen Aktuars beigezogen, um eine Serie von technischen Vorschlägen aufzustellen, die aufzeigen, dass ein Mittelweg gangbar ist, so dass der Rentenverlust für die Mitarbeitenden begrenzt und ein Ruhestand in Würde garantiert werden können. Des Weiteren verweisen diese Vorschläge auf einen Konsens, der nötig ist, um den Erfolg der

Reformen ohne Schaden für die Bevölkerung zu garantieren.

Konkret sind die Hauptforderungen der Stellungnahme der Mitgliedverbände der FEDE die folgenden:

- Die Grundforderung bleibt unverändert: Das Staatspersonal verlangt, dass der Staat die Übergangs- und Kompensationsmassnahmen zu 58,8 % finanziert – den Anteil, den er auch für die Beiträge seiner Angestellten leistet. In den vom Staatsrat vorgeschlagenen Optionen liegt dessen Beteiligung bestenfalls bei 35 %.
- Die Verbände schlagen einen Rentenplan mit steigenden Prämien vor. Im aktuellen Plan belaufen sich die Beiträge der Angestellten auf 10,66 % während ihrer ganzen Laufbahn. Indem den Mitarbeitenden ermöglicht wird, in jungen Jahren weniger und aufs Alter hin mehr einzuzahlen, nimmt ihr Rentenkapital zu und federt so auch die Verluste für Personen ab, die von dieser Reform am stärksten betroffen sind, nämlich die 40-50-Jährigen.
- Die Verbände schlagen zudem vor, den allgemeinen Beitragssatz zu erhöhen, der zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmenden aufgeteilt wird, sowie die Einführung von Massnahmen, die eine Frühpensionierung von Mitarbeitenden mit niedrigen Löhnen und besonders harter Arbeit möglich machen, ohne dass diese auf die Sozialhilfe zurückfallen müssen.
- Die Verbände fordern ausserdem die Abschaffung der lebenslangen Rente für Staatsräte und einige hohe Beamte und fordern stattdessen deren Anschliessung an die PKSPF.

Die Verbände können nicht verstehen, warum die Zuschüsse des Staates so winzig ausfallen, wenn zur Rekapitalisierung der Pensionskasse weit höhere Beträge nötig wären, um die Leistungen auf einem akzeptablen Niveau zu erhalten.

Die Vorschläge der Verbände zeigen auf, dass es bessere Lösungen gibt als jene des Staatsrats, um die Rentenverluste des Personals zu begrenzen und eine Symmetrie der Opfer zu gewährleisten, trotz des Übergangs zum Beitragsprimat.

Die Mitgliedverbände der FEDE erwarten vom Staatsrat, dass dieser endlich einen ernsthaften Verhandlungsprozess eröffnet.

Mehr als je zu vor fordern wir das Personal auf, ihre Unterstützung für die Verhandlungen deutlich zu machen, damit eine ausgewogene und für die Staatsangestellten annehmbare Übereinkunft getroffen werden kann.

Bernard Fragnière, Président de la FEDE